

Lübbering, Marcus

Article — Digitized Version

Standortpolitik für mehr Beschäftigung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lübbering, Marcus (1994) : Standortpolitik für mehr Beschäftigung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 6, pp. 298-302

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137133>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Marcus Lübbering

Standortpolitik für mehr Beschäftigung

In der beschäftigungspolitischen Diskussion mehren sich die Stimmen, die eine aktive Arbeitsmarktpolitik des Staates und eine Umverteilung der Arbeit fordern. Sind diese Ansätze geeignet, die vorliegenden Probleme zu lösen? Welche Aufgaben stellen sich dem Staat und den Tarifparteien in Zukunft?

Die Arbeitslosenzahl in Deutschland hat mit gut vier Millionen zum Jahresbeginn 1994 ihren Höhepunkt erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen wird auch in dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung zunächst weiter hoch bleiben. Deshalb muß die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch weiterhin oberste wirtschaftspolitische Priorität haben.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist in einem zunehmenden Maße die Folge struktureller Probleme, die sich über Jahrzehnte in unserer Volkswirtschaft aufgestaut haben. Dieses Phänomen läßt sich in fast allen Industrieländern beobachten. Steigende Arbeitslosenzahlen sind aber auch vor dem Hintergrund neuer weltwirtschaftlicher Herausforderungen kein unabwendbares Schicksal. Allerdings hat niemand ein kurzfristig wirkendes Rezept gegen die Arbeitslosigkeit. In der gegenwärtigen Lage geht es zunächst darum, den Arbeitslosen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eine Brücke zu normalen Beschäftigungsverhältnissen zu bauen. Dies geschieht bereits in einem erheblichen Umfang. Hinzu kommen gezielte Maßnahmen zur Reduzierung des Arbeitskräfteangebots, etwa durch Vorruhestandsregelungen. 1993 wurden in Westdeutschland 430 000 Personen und in Ostdeutschland 1,6 Mill. Personen mit Hilfe von Qualifizierungsangeboten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kurzarbeitergeld und vorzeitigem Ruhestand vor der Arbeitslosigkeit bewahrt. Dafür wurden insgesamt 65,8 Mrd. DM (20,3 Mrd. DM im Westen und 45,5 Mrd. DM im Osten) ausgegeben.

Seit der Einführung des ersten Arbeitsförderungsgesetzes durch Hans Katzer im Jahre 1969 ist das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium immer weiter ausgebaut worden, vor allem im Zuge der deutschen Einheit in den neuen Bundesländern. Dazu gehört unter anderem das von der Bundesregierung eingeführte Instrument des § 249h Arbeitsförderungsgesetz, das auf regionale Brennpunkte der Unterbeschäftigung zielt. Danach werden Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe als Lohnkostenzuschüsse für bestimmte Vorhaben eingebracht. Im Rahmen des „Aktionsprogramms der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung“ vom Januar 1994 wird dieses Instrument nun auch auf Westdeutschland ausgedehnt.

Grenzen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Es ist aber ein Trugschluß zu glauben, daß das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium nach dem Motto „Lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!“ beliebig weiter ausgedehnt und so gegebenenfalls sogar ein zweiter staatlich subventionierter Arbeitsmarkt etabliert werden kann. Die aktive Arbeitsmarktpolitik hat objektive Grenzen. Die entscheidende Frage lautet, was die in staatliche Beschäftigungsprogramme oder in subventionierte Privatprojekte zu übernehmenden Personen überhaupt produzieren sollen, ohne den Menschen auf dem ersten, dem regulären Arbeitsmarkt die Arbeit wegzunehmen. Darüber hinaus wird der erste Arbeitsmarkt bei staatlichen Beschäftigungsprogrammen durch zusätzliche Steuern und Abgaben belastet, denn die Bezahlung für staatlich nachgefragte Arbeit muß höher liegen als das Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe. Andernfalls gäbe es für Arbeitslose keinen Anreiz, eine solche Arbeit anzunehmen.

Dr. Marcus Lübbering, 38, ist Referent im Bundeskanzleramt. Er vertritt hier seine persönliche Auffassung.

Unabhängig von den finanziellen Beschränkungen dürfte auch das Potential für die aktive Arbeitsmarktpolitik inzwischen schon ziemlich ausgereizt sein. Es ist nicht leicht, im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zusätzliche konkrete Projektmöglichkeiten zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit aufzuzeigen. Der allgemeine Hinweis auf die Bereiche Umwelt, soziale Dienste und Jugendhilfe reicht hier nicht aus. Die tatsächlichen Beschäftigungsmöglichkeiten sind eng begrenzt. Dies ist mit ein Grund dafür, daß der Entlastungseffekt arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im laufenden Jahr nicht mehr ganz so hoch ausfallen dürfte wie 1993¹.

Verteilung der Arbeit

Arbeitszeitverkürzung kann – bei einem entsprechenden Lohnverzicht – in der zur Zeit schwierigen konjunkturellen Lage in einzelnen Firmen zwar vorübergehend einen Arbeitsplatzabbau verhindern (Beispiel: 4-Tage-Woche bei VW). Generell ist aber der These zu widersprechen, daß eine Reduzierung der Arbeitszeit zu mehr Arbeitsplätzen führt. Vor allem in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs gewinnt das Kostenargument an Gewicht: Führt die Arbeitszeitverkürzung zu einem Anstieg der Produktionskosten, so erhöht sie den Rationalisierungsdruck und verringert damit die Beschäftigungsintensität des Wachstums.

Zwar wird behauptet, die Arbeitszeitverkürzung hätte in den achtziger Jahren zur Ausweitung der Beschäftigung geführt, dies wird jedoch von den Fakten widerlegt: Von den im Zeitraum von 1983 bis 1989 neu geschaffenen gut zwei Millionen Arbeitsplätzen entfallen zwei Drittel auf private Dienstleistungen, bei denen Arbeitszeitverkürzungen keine oder kaum eine Rolle gespielt haben². Das andere Drittel entfällt im wesentlichen auf wachstumsstarke Bereiche in der Industrie, auf Kreditinstitute und Versicherungen sowie auf den Handel.

Auch innerhalb der einzelnen Industriebranchen war kein positiver Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung zu erkennen. Die Beschäftigungsentwicklung verlief trotz einheitlicher Arbeitszeitverkürzung in den einzelnen Sparten sehr unterschiedlich. Ein Beispiel dafür ist die Metallindustrie: Hier reichte die Spanne in der Beschäftigungsentwicklung von einem Zuwachs um 27% in der Luftfahrtindustrie bis zu einem

Arbeitsplatzabbau um 26% im Schiffbau. Somit hat nicht die einheitliche Arbeitszeitverkürzung über die Beschäftigungsentwicklung entschieden, sondern das unterschiedliche Wachstum der einzelnen Branchen.

Resignative Ansätze, die das Ziel verfolgen, die vorhandene Arbeit „gerecht“ zu verteilen, sind derzeit nicht gefragt. Solche Überlegungen gehen von der irrigen Annahme aus, es gebe ein fixes Quantum an Arbeit. Sie vernachlässigen, daß die Menge der nachgefragten Arbeit eine Funktion ihres Preises und der sonstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist. Hier vor allem gilt es anzusetzen. Sowohl der Staat als auch die Tarifpartner müssen dazu ihren Beitrag leisten.

Aufgaben des Staates

Die Aufgabe des Staates ist es erstens, die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Beschäftigungsprogramme verbieten sich allerdings derzeit schon aus finanzpolitischen Gründen. Der Staat muß vielmehr durch eine konsequente Sparpolitik der Bundesbank den Spielraum für weitere Zinssenkungen verschaffen. Darüber hinaus muß Deutschland für Investitionen wieder attraktiver werden. Den Fahrplan hierzu hat die Bundesregierung mit ihrem Standortbericht vom September 1993 vorgelegt. Erste wichtige Schritte sind bereits umgesetzt bzw. in die Wege geleitet, so das Standortsicherungsgesetz, das Gentechnikgesetz sowie das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz zur Erleichterung und Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren³.

Im Durchschnitt der siebziger und achtziger Jahre entstanden in Westdeutschland erst ab einem Wachstum von etwa 1,7% pro Jahr zusätzliche Arbeitsplätze⁴. Auch wenn die „Beschäftigungsschwelle“ im Zeitablauf geringer geworden ist⁵, dürfte das Wirtschaftswachstum der kommenden Jahre allein nicht ausreichen, die Arbeitsmarktprobleme in der Bundesrepublik zu lösen.

Deshalb ist es die zweite dringliche Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes verbessert wird. Das Ziel lautet, in dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung möglichst schnell viele neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Mittel hierzu sind Deregulierung und Flexibilisierung. Im Rah-

¹ Ausschlaggebend für den Rückgang ist vor allem, daß die Frist für die Beantragung von Altersübergangsgeld in Ostdeutschland Ende 1992 ausgelaufen ist und der Entlastungseffekt allmählich abnimmt.

² Vgl. Jürgen Husmann, Elisabeth Neiter-Dickmann: Arbeitszeitverkürzungen – ein beschäftigungspolitischer Fehlschlag, in: Peter Hampe (Hrsg.): Zwischenbilanz der Arbeitszeitverkürzung, Tützinger Schriften zur Politik, Band 1, München 1993.

³ Ein vollständiger Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung der Maßnahmen zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland findet sich in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 8/1994.

⁴ Vgl. Horst Siebert: Wirtschaftswachstum löst das Problem einer verfestigten Arbeitslosigkeit nicht, in: Handelsblatt vom 14.12.1993.

⁵ Vgl. Bernd Hof: Beschäftigungsschwelle und Wachstum – Was besagt die Empirie?, in: ifo – Studien 4/1994.

men des „Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ sind dazu bereits wichtige konkrete Maßnahmen eingeleitet bzw. umgesetzt worden. Die Bundesregierung hat die meisten der von den Experten – etwa auch die von der Deregulierungskommission⁶ – gemachten Vorschläge aufgegriffen:

□ Mit dem Arbeitszeitrechtsgesetz werden die Voraussetzungen zur Entkoppelung von individuellen Arbeitszeiten und Maschinenlaufzeiten verbessert. Darüber hinaus wird den Aufsichtsbehörden erstmals auch die Zulassung von Sonn- und Feiertagsarbeit zur Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Betriebes ermöglicht.

□ Mit dem jüngst verabschiedeten Beschäftigungsförderungsgesetz wird die Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge abzuschließen, über 1995 hinaus verlängert. Dies eröffnet vor allem bessere Chancen für Berufseinsteiger und Problemgruppen unter den Arbeitsuchenden. Nach einer Untersuchung von Infratest wurden allein im Jahre 1992 bis zu 110 000 Arbeitsverträge abgeschlossen, die ohne diese Regelung nicht möglich gewesen wären⁷.

□ Die Aufhebung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit wird die Transparenz und Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes steigern. Die raschere Stellenvermittlung wird die friktionelle Arbeitslosigkeit vermindern. Wenn es gelänge, die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nur um eine Woche zu verkürzen, würde die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um knapp 80 000 sinken. Dadurch könnten knapp 2 Mrd. DM eingespart werden.

□ Ein weiteres Flexibilisierungselement für den Arbeitsmarkt ist die Verlängerung der Frist für die gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung von sechs auf neun Monate, die zum 1. Januar 1994 in Kraft getreten ist.

Alles in allem wurden von den für die laufende Legislaturperiode vorgesehenen konkreten Maßnahmen im Rahmen der Standortinitiative für mehr Wachstum und Beschäftigung bis zum Frühjahr 1994 bereits zwei Drittel umgesetzt bzw. in Angriff genommen⁸. Die Beseitigung der strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft muß aber auch weiterhin Priorität behalten, damit Deutschland sich im internationalen Umfeld besser behaupten

und der hohe Sockel an Arbeitslosen zielstrebig abgebaut werden kann. In diesem Zusammenhang ist die Überprüfung von gesetzlichen Vorschriften, die sich – teilweise im Zusammenhang mit der Rechtsprechung der Gerichte – als Einstellungs- und Beschäftigungshindernis erwiesen haben, von besonderer Bedeutung. Dazu gehören Bestimmungen des Kündigungsschutzes sowie die umfangreichen Sozialplanregelungen.

Chancen durch mehr Teilzeitarbeit

Spürbare Impulse für den Arbeitsmarkt können auch von der Teilzeittoffensive ausgehen, zu der die Bundesregierung Wirtschaft und Gewerkschaften aufgerufen hat. Es wäre sinnvoll, dem vielfach geäußerten Wunsch nach mehr Teilzeitarbeit zu entsprechen und damit verbundene Produktivitätsreserven zu nutzen. Allerdings gilt auch hier das Gebot, das bei der Arbeitszeitverkürzung generell zu beachten ist: Es darf nicht zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten kommen. Darüber hinaus ist von einer Subventionierung neuer Teilzeitstellen abzusehen. Hier sollte ein ordnungspolitischer Sündenfall vermieden werden, der enorme Mitnahmeeffekte auslösen würde.

Es geht vor allem darum, mentale Barrieren abzubauen, die der Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen auf Seiten der Arbeitgeber und der Gewerkschaften entgegenstehen. Das daraus resultierende Potential an zusätzlichen Arbeitsplätzen dürfte erheblich sein. Hier ist auch der öffentliche Dienst gefordert, in dem es im Vergleich zu anderen Bereichen bisher nur relativ wenig Teilzeitarbeitsplätze gibt. Wenn es gelänge, die Teilzeitquote hier auf das Niveau der privaten Dienstleistungen anzuheben, könnten allein beim Staat rund 300 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Schließlich gibt es auch Vorschläge, im Rahmen der Teilzeittoffensive die Ladenschlußzeiten freizugeben. Dies liegt vor allem auch im Interesse der fast 300 000 arbeitslosen Frauen, die in Deutschland Teilzeitarbeit suchen.

Verantwortung der Tarifpartner

Es muß immer wieder betont werden, daß der entscheidende Schlüssel zur Realisierung von mehr Beschäftigung in den Händen der Tarifparteien liegt. Sowohl die Höhe der Löhne als auch das tatsächlich realisierte Ausmaß an Lohndifferenzierung und Arbeitszeitflexibilisierung sind entscheidende Einflußfaktoren für die Höhe der Beschäftigung.

Wichtig ist vor allem, daß sich der Zuwachs der Löhne an der Steigerung der Produktivität orientiert, möglichst etwas dahinter zurückbleibt. Gegen diese Grundregel ei-

⁶ Vgl. z.B. Deregulierungskommission: Marktöffnung und Wettbewerb, März 1991, S. 207ff.

⁷ Infratest Sozialforschung: Betriebliche Erfahrungen mit befristeten und unbefristeten Arbeitsverträgen – Repräsentative Betriebsbefragung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Juli 1993.

⁸ Die einzelnen Maßnahmen sind aufgeführt in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, a.a.O.

ner beschäftigungsorientierten Lohnpolitik ist vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung verstoßen worden.

In Westdeutschland stieg die Produktivität im Verlauf der Jahre 1991 bis 1993 nur um 1,6% an, die Pro-Kopf-Löhne legten im selben Zeitraum aber um 14,2% zu. Entsprechend stiegen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten um 12,4%. Hinzu kommt die Aufwertung der D-Mark um 3,6%, die gegenüber unseren wichtigsten Handelspartnern in Europa noch deutlich höher ausfiel. Im Ergebnis hat sich die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft gegenüber fast allen anderen OECD-Staaten deutlich verschlechtert⁹. Die Lohnpolitik hat daran entscheidenden Anteil und trägt somit auch Verantwortung für den starken Beschäftigungsabbau der vergangenen Jahre. Noch deutlicher wird dies in Ostdeutschland: Zwar lag die Produktivität dort im Jahresdurchschnitt 1993 um fast 30% höher als noch zwei Jahre zuvor, jedoch stiegen die Pro-Kopf-Löhne gleichzeitig um gut 53%¹⁰.

Erfreulicherweise hat es bei den Tarifparteien inzwischen ein Umdenken gegeben. Ganz offensichtlich steht in der Tarifrunde 1994 das Beschäftigungsziel wieder stärker im Vordergrund. Dies ist uneingeschränkt zu begrüßen, auch wenn es dadurch zu realen Einkommenseinbußen bei den Arbeitnehmern kommt. Von Bedeutung sind aber nicht nur die moderaten Lohnsteigerungen, ein wichtiges Signal sind auch die jetzt vereinbarten flexiblen Arbeitszeitkorridore und die speziellen Einstiegstarife für Berufsanfänger. Damit nehmen die Tarifpartner in ihren Vereinbarungen erstmals Rücksicht auf die unterschiedliche Leistungsfähigkeit verschiedener Betriebe und Arbeitnehmer. Es gibt bereits Beispiele aus der jüngsten Zeit, die zeigen, daß neue, flexiblere Arbeitszeitmodelle Arbeitsplätze in Deutschland sichern können.

Qualifikatorische Lohndifferenzierung

Auf dem Weg der Flexibilisierung und Lohndifferenzierung müssen die Tarifpartner weiter fortschreiten, denn hier weist der deutsche Arbeitsmarkt erhebliche Defizite aus. Sie gehen vor allem zu Lasten der Beschäftigungschancen geringer qualifizierter Arbeitskräfte.

Die Realeinkommen der unteren Lohngruppen sind in Westdeutschland im Durchschnitt der achtziger Jahre um jährlich 4% gestiegen. Damit lag deren Einkommens-

⁹ Zu den Zahlen im einzelnen vgl. OECD: Economic Outlook, Dezember 1993, S. 164.

¹⁰ Zu den Folgen der ostdeutschen Lohnpolitik für den Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern vgl. Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Frühjahrsgutachten 1992, S. 84 ff.

¹¹ OECD: Employment Outlook 1993, S. 163f.

entwicklung in der Bundesrepublik an der Spitze aller Industriestaaten, weit vor Schweden und Italien, wo der jährliche Zuwachs nicht einmal halb so hoch war¹¹. In den USA gingen die Realeinkommen der unteren Einkommensbezieher in diesem Zeitraum sogar um durchschnittlich gut 1% pro Jahr zurück.

Ein solcher Rückgang gerade der niedrigen Einkommen über einen längeren Zeitraum wäre in Deutschland aus sozialpolitischen Gründen wohl kaum erwünscht. Andererseits sollten es die Tarifparteien vermeiden, in Zukunft durch eine überdurchschnittliche Anhebung bei den unteren Lohngruppen die Arbeitsmarktchancen gerade der weniger Qualifizierten, Älteren und Langzeitarbeitslosen weiter zu verschlechtern. Der enorme Unterschied bei der Entwicklung der niedrigeren Einkommen zwischen den USA und Deutschland ist ein gewichtiger Erklärungsgrund für die unterschiedliche Dynamik auf dem Arbeitsmarkt beider Länder, vor allem im Dienstleistungssektor.

Insgesamt entstanden in den USA von 1970 bis 1992 fast 38 Mill. Arbeitsplätze, das ist ein Zuwachs von 53%. In Deutschland wurden im angegebenen Zeitraum 4 Mill. Arbeitsplätze geschaffen (+ 18%), der weitaus größte Teil davon allerdings nach 1983.

Die Behauptung, daß uns die Arbeit ausgeht, ist nicht richtig. Was uns ausgeht, ist bezahlbare Arbeit. Im gesamten OECD-Raum entstanden zwischen 1970 und 1992 rund 80 Mill. zusätzliche Arbeitsplätze. Daß Deutschland an dieser Entwicklung weniger partizipiert hat als andere Länder, deutet auf wesentliche Funktionsmängel des hiesigen Arbeitsmarktes hin. Erste Schritte zu deren Beseitigung sind gemacht. Sowohl die Tarifpartner als auch der Staat bleiben aber noch auf Jahre hinaus gefordert, um die Arbeitslosigkeit spürbar abzubauen.

Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit steht die Bundesrepublik aufgrund ihres vorbildlichen Systems der dualen Ausbildung allerdings schon heute relativ gut da. Die Jugendarbeitslosenquote beträgt zur Zeit 7,5%, in den anderen Ländern der EU und in den USA liegt sie deutlich darüber.

Bessere Aussichten für 1994

Bis zum Herbst 1993 ging man noch davon aus, daß der Arbeitsplatzabbau in Westdeutschland während der laufenden Rezession mit über 4% ähnlich hoch ausfallen würde wie in der Rezession 1974/75. Das hätte für 1994 noch einmal einen Abbau von rund einer halben Million Arbeitsplätzen und eine ähnlich hohe Zunahme der Arbeitslosenzahl bedeutet. An dieser Einschätzung halten viele Prognostiker bisher fest.

Es gibt aber inzwischen Anzeichen, daß der Anstieg

der Arbeitslosigkeit geringer ausfallen könnte. So ist der Rückgang der Erwerbstätigkeit und vor allem der Anstieg der Arbeitslosenzahl in den letzten Monaten nicht mehr ganz so hoch ausgefallen, wie viele Arbeitsmarktexperten es zunächst angenommen hatten.

Es ist aus heutiger Sicht nicht mehr damit zu rechnen, daß der prozentuale Beschäftigungsrückgang früherer Rezessionen erreicht wird. Ein Grund dafür könnte die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors sein, in dem der Beschäftigungsabbau unterdurchschnittlich ausfällt¹². Gerade im Dienstleistungssektor besteht noch ein beträchtliches Beschäftigungspotential, das es zu nutzen gilt. Ein weiterer Grund dafür, daß der Beschäftigungsrückgang nicht so hoch ausfallen dürfte wie in früheren Rezessionen, ist die Sonderkonjunktur im Bau-sektor.

Es bleibt jedoch festzuhalten, daß der Arbeitsplatzabbau in der Industrie, die in einem besonderen Maße im internationalen Wettbewerb steht, ungewöhnlich hoch ist: Im Dezember 1993 lag die Zahl der Industriebeschäftigten um 12% niedriger als noch zwei Jahre zuvor. In der Rezession 1981/82 betrug der Rückgang etwa 9%, in der Rezession 1974/75 war er deutlich niedriger. Kommt es hier nicht zu einer Trendumkehr, sind auch im Dienstleistungssektor zusätzlich Arbeitsplätze gefährdet.

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität, die Neuorientierung in der Lohnpolitik und die inzwischen spürbar verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft lassen jedoch hoffen, daß der Arbeitsplatzabbau – entsprechend dem zeitlichen Entwicklungsmuster in früheren Rezessionen – im Sommer des Jahres 1994 zum Stillstand kommt. Viele Betriebe werden ihr Personal bis dahin so weit reduziert haben, daß ein weiterer Belegschaftsabbau der Aufgabe ganzer Produktlinien und Märkte gleichkäme. Dies ist bei den sich deutlich verbessernden Konjunkturaussichten aber nicht zu erwarten.

Ausblick

Auch die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich 1994 günstiger entwickeln, als es noch vor kurzem erwartet wurde. Sie könnte sogar ab dem Sommer von Monat zu Monat auch in saisonbereinigter Rechnung wieder sinken. Ausschlaggebend dafür wären – bei nicht mehr zurückgehender Arbeitskräftenachfrage – drei Faktoren auf der Seite des Arbeitskräfteangebotes¹³:

Die vorübergehenden Arbeitszeitverkürzungen wie bei VW werden vorerst helfen, den Druck auf den Arbeitsmarkt zu mildern. Dieser Entlastungseffekt wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf etwa 60 000 Personen geschätzt.

Auch der auf drei Jahre ausgedehnte Erziehungsurlaub dürfte den Arbeitsmarkt in diesem Jahr um rund 40 000 Personen – vor allem Frauen – entlasten.

Eine gewisse Entlastung ergibt sich auch daraus, daß das Erwerbspersonenpotential 1994 mit 160 000 Personen nur noch etwa halb so stark zunehmen wird wie 1993. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem die neue Asylregelung, die sich bisher als sehr wirkungsvoll erwiesen hat.

Insgesamt rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jetzt für den Jahresdurchschnitt 1994 bei einem BIP-Wachstum von 1% nur noch mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl um 260 000. Auch wenn ab der Jahresmitte eine Besserung auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt sichtbar würde, wird die Arbeitslosenzahl weiterhin deutlich über dem jeweiligen Vorjahreswert liegen.

In Ostdeutschland gibt es inzwischen erste positive Beschäftigungssignale. Von März bis September 1993 – neuere Daten liegen noch nicht vor – nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den neuen Bundesländern erstmals seit dem Zusammenbruch des SED-Regimes wieder zu, und zwar um 20 000. Wichtig ist, daß die Erfolge des Umstrukturierungsprozesses und der regen Investitionstätigkeit nun aber auch auf dem Arbeitsmarkt allmählich sichtbar werden. Vor allem im Bau sowie in den baunahen Bereichen, im Handel und in vielen Dienstleistungszweigen entstehen zusätzliche Arbeitsplätze.

Auch wenn die Arbeitslosigkeit 1994 alles in allem geringer ausfallen dürfte als noch bis vor kurzem angenommen, so ist der deutsche Arbeitsmarkt damit noch längst nicht über den Berg. Für die nächsten Jahre wird entscheidend sein, in welchem Maße die Unternehmen angesichts der zwar ansteigenden, aber noch immer niedrigen Kapazitätsauslastung und der nach wie vor schlechten Ertragslage der Unternehmen in neue Arbeitsplätze investieren werden. Die Antwort auf diese Frage ist zur Zeit noch offen.

Deshalb wäre es fatal, würde die Standortdebatte jetzt ad acta gelegt, die Tarifpolitik den 1994 eingeschlagenen Kurs wieder verlassen und die Wirtschaft in ihrem Bemühen um mehr Innovation und die Entwicklung von Zukunftsmärkten nachlassen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt eine Daueraufgabe für Politik, Tarifparteien und Wirtschaft.

¹² Der Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors – ohne Staat – an der Gesamtwirtschaft lag 1992 bei knapp 40%; zu Anfang der Rezession 1981 lag er bei gut einem Drittel, 1974 erst bei einem Viertel.

¹³ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): MittAB, Heft 4/1993, S. 445ff.